

erschienen leicht gekürzt in:

Finanz und Wirtschaft, 15.11.2025, S. 2-3

Schweiz - EU

Die Gründe der Regulierungsliebe

Die bilateralen Verträge bringen kaum Vorteile. Politiker und Wirtschaftsleute wollen aber mehr Vorschriften importieren. Anders als Normalbürger profitieren sie.

Reiner Eichenberger und David Stadelmann*

Der Schweizer Wohlstand wächst seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit um 2007 nur noch langsam. Das reale Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf wuchs von 2007 bis 2023 mit 0,64 Prozent jährlich, ähnlich wie im «stagnierenden» Deutschland mit 0,67 Prozent. Doch die Bevölkerung wuchs in der Schweiz mit jährlich 1,02 Prozent 18-mal schneller als in Deutschland, was den Schweizern zusätzlich zum tiefen Wirtschaftswachstum hohe Füllungskosten durch Verknappung und Verteuerung von Land, Infrastruktur, Umweltgütern und Selbstversorgungszielen brachte. Noch kläglicher steht die Schweiz da, wenn aus ihrem BIP-Wachstum das Doping durch die starke Zunahme der Grenzgänger – ihre Leistung zählt ins BIP, aber sie nicht zu den Köpfen – herausgerechnet wird. Dann bleibt der Schweiz noch jährlich 0,39 Prozent Wirtschaftswachstum. Damit fällt sie hinter den Euroraum mit 0,57 Prozent zurück.

Gleichwohl predigen viele Politiker und Wirtschaftsvertreter stereotyp, in der Schweiz laufe es nur dank Personenfreizügigkeit und enger Anbindung an den EU-Binnenmarkt gut. Doch entgegen

* Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Uni Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center of Research in Economics, Management and the Arts.

David Stadelmann ist Professor für Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung an der Universität Bayreuth und Forschungsfellow bei CREMA sowie dem IWP – Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik.

den Behauptungen des Bundes zeigen dessen eigene Auftragsstudien, wie jene von Ecoplan, dass die Vorteile der Bilateralen I gemessen am Volkseinkommen pro Kopf minim sind. Noch schlimmer steht es um die die von Economiesuisse beim Forschungsinstitut BAK bestellte Studie. Sie kommt auf grössere Gewinne pro Einwohner. Während sie für die einzelnen Teilverträge der Bilateralen I gleich nichtige Werte wie Ecoplan findet, postuliert sie zusätzlich einen positiven «systemischen Effekt» der Bilateralen I auf die Standortattraktivität. Diesen misst sie an der Entwicklung der Wachstumsrate der Unternehmensinvestitionen in der Schweiz und sieben Vergleichsländern in den Perioden vor und nach 2001. Da das Investitionswachstum in der Schweiz weniger stark sank als in den Vergleichsländern, schliesst BAK auf einen positiven systemischen Effekt der Bilateralen I. Dabei werden zwei Tricks gespielt. Erstens verwendet BAK statt Daten für die Investitionen pro Kopf solche für die gesamten Investitionen, die natürlich mit dem stark gestiegenen Bevölkerungswachstum mitwuchsen. Zweitens nimmt BAK als Vergleichsländer neben den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Österreich auch Schweden, Niederlande, Belgien und Grossbritannien, deren Investitionswachstum vor 2001 ungewöhnlich hoch war und danach auf ein normales Niveau zurückging. Wenn man die Schweiz hingegen nur mit den Nachbarländern vergleicht, resultiert für die Bilateralen I ein negativer systemischer Effekt.

Viele Politiker und Wirtschaftsvertreter suchen nicht nur via Bilaterale I Anlehnung an die EU, sondern auch durch Regulierungsübernahme. Beispiele sind die Klima- und Energiepolitik oder jetzt gerade der Bundesrat bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung und dem Lieferkettengesetz.

Wie kann man die Bereitschaft von Regierungen und Wirtschaftsvertretern zu international koordinierter, aber wirtschaftlich schädlicher Regulierung erklären? Erhellend ist dafür die Unterscheidung von «Normalbürgern» und «Spezialbürgern», den Entscheidungsträgern in Politik, Bürokratie, Spitzenverbänden und Firmen mit einer gewissen Marktmacht. Sechs Aspekte halten wir für besonders wichtig:

1. Die Lebensqualität der Normalbürger hängt vom BIP pro Kopf ab, diejenige der Spezialbürger hingegen stärker vom gesamten BIP. Denn mit ihm wachsen ihre Steuereinnahmen, Mitgliedsbeiträge und Umsätze, was ihnen «Vitamin 3B» bringt: Budget, Bedeutung, Boni. Der einfachste Weg zu Vitamin 3B führt über Bevölkerungswachstum.
2. Regulierungsangleichung erschwert es der Schweiz, wieder einen eigenständigeren Weg zu gehen, und senkt damit die Wahrscheinlichkeit einer Einschränkung der Personenfreizügigkeit.

3. Die enge Anbindung an die EU ist für viele Spezialbürger bequem, weil die Schweiz gegenüber den EU-Ländern einen riesigen Wohlstandsvorsprung hat. Da wirkt ihre schlechte Politik auch bei tiefem Wachstum noch lange erfolgreich.

4. Spezialbürger argumentieren oft, die engere EU-Anbindung und die Koordination sei wichtig, weil dann die Schweiz international mitreden können. Tatsächlich aber redet da nicht «die Schweiz» mit, sondern Spezialbürger. Wenn hingegen auf nationaler oder gar lokaler Ebene reguliert wird, haben die Normalbürger mehr und die Spezialbürger weniger zu sagen.

5. Viele Unternehmung können an kostentreibenden Regulierungen verdienen. Wenn Regulierungen auch die Kosten ihrer Konkurrenten erhöhen, können die Unternehmen einen grossen Teil der Kosten über höhere Preise auf die Konsumenten überwälzen. Zur Gewinnmaschine können Regulierungen werden, wenn sie nicht für die gesamte, sondern nur für zusätzliche Produktion gelten. Das trifft oft zu, etwa wenn Neuanlagen strenger reguliert werden als Altanlagen. Ähnlich müssen in der EU die Unternehmungen wichtiger Branchen für jede emittierte Tonne CO₂ eine Emissionslizenz besitzen. Da ihnen aber bisher ein grosser Teil der Lizenzen gratis abgegeben wird, und sie nur für die fehlenden bezahlen müssen, haben alle Produzenten höhere Grenzkosten, die sie zu einem guten Teil über die Preise auf die Konsumenten überwälzen können. Weil die Preiserhöhungen aber für die gesamte verkaufte Menge gelten, können ihre Erträge stärker als die Kosten steigen, was ihre Gewinne wachsen lässt.

6. Schliesslich sind viele wichtige Entscheidungsträger eher kurzfristig und auf Umverteilung orientiert. Das gilt insbesondere für Politiker und Manager, denn ihre Amtsperioden sind zumeist viel kürzer als der Zeithorizont von Bürgern und Unternehmern bzw. ihren Familien und Unternehmen. Das Problem ist nun, dass der Einfluss der Politiker und Manager steigt und derjenige der Bürger und Unternehmer sinkt. Dahinter stecken grundlegende gesellschaftliche Trends: Die Produktionsmittel sind zunehmend im Besitz von Firmen mit breitgestreutem Aktionariat sowie staatsnahen Firmen. Erstere werden zunehmend dominiert von institutionellen Investoren wie Pensionskassen, Versicherungen und Investmentfonds, die wiederum stark durch Manager gelenkt werden. Zweitere werden von Politikern und politiknahen Managern dominiert. Die eigentlichen Kapitalbesitzer, die Rentenversicherten und Bürger, wären zwar am langfristigen Erfolg der Investitionen interessiert, haben aber nur wenig zu sagen. Hingegen fokussieren viele verantwortliche Manager und Politiker auf möglichst hohe kurzfristige Erträge.

Mit dem zunehmenden Einfluss von Managern und institutionellen Investoren wird die langfristige Perspektive unwichtiger und die kurzfristige wichtiger. Damit ändert sich auch die Einstellung der

Unternehmungen zu Regulierung und Überregulierung. Regulierungen wie strenge CO₂-Reduktionsziele, deren Kosten erst in vielen Jahren gross werden (etwa das «Verbrennerverbot»), aber mit sofortigen Subventionen verbunden sind (etwa E-Auto-Subventionen), sind für die Manager attraktiv. So unterstützen sie denn solche Vorhaben der Regierung. In ihrer aktiven Zeit profitieren ihre Firmen von den Subventionen, was ihnen selbst höhere Boni bringt. Die langfristigen Kosten müssen aber die Eigentümer der Firmen tragen und allenfalls zukünftige Manager.

Angesichts dieser Ausgangslage wird es verständlich, dass die eher von Verbandsführern und Managern der Mitgliedsfirmen dominierten Wirtschaftsverbände erstaunlich Regulierungs- und EU-freundlich sind, der Widerstand gegen Überregulierung und weiterer Annäherung an die EU aber vor allem von echten Unternehmerpersönlichkeiten kommen.